

II-8139 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4002 N

1992-12-18

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Haider, Mag. Haupt, Moser
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Kriegsverbrechen in Bosnien-Herzegowina

Ein Aktionskomitee, bestehend aus Katholischer Jugend, Gewerkschaftsjugend und den Evangelischen Gemeinden, veranstaltete am 9. Sept. d. J. in Begrenz einen "Schweigeweg" für den Frieden im ehemaligen Jugoslawien. Die Initiatoren wollten durch diesen Marsch vor allem die Solidarität mit den Gefangenen in Internierungslagern zum Ausdruck bringen. In einer Resolution, die auch dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zur Kenntnis gebracht wurde, forderten die Aktivisten unter anderem eine Lösung des Konfliktes und eine Anklage gegen die Verantwortlichen des Krieges wegen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen.

Auf internationaler Ebene untersuchen Expertenkommissionen (der Vereinten Nationen, der KSZE etc.) bereits seit längerem Vorwürfe über Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien. Grundtenor ihrer Erkenntnisse ist, daß in den Internierungslagern der Kriegsparteien in Bosnien-Herzegowina massenhaft Menschen willkürlich hingerichtet, terrorisiert und gequält, daß flüchtende Zivilisten (z.B. Angriffe serbischer Miliz auf aus Jajce in Bosnien-Herzegowina flüchtende Zivilisten) beschossen, daß im Rahmen der "ethnischen Säuberung" tausende Menschen verschleppt, daß beispielsweise Häuser systematisch in die Luft gesprengt werden, um eine Rückkehr der vertriebenen Bevölkerung zu verhindern, daß unzählige weitere Gewaltakte gegen Zivilpersonen u.v.m. erfolgen.

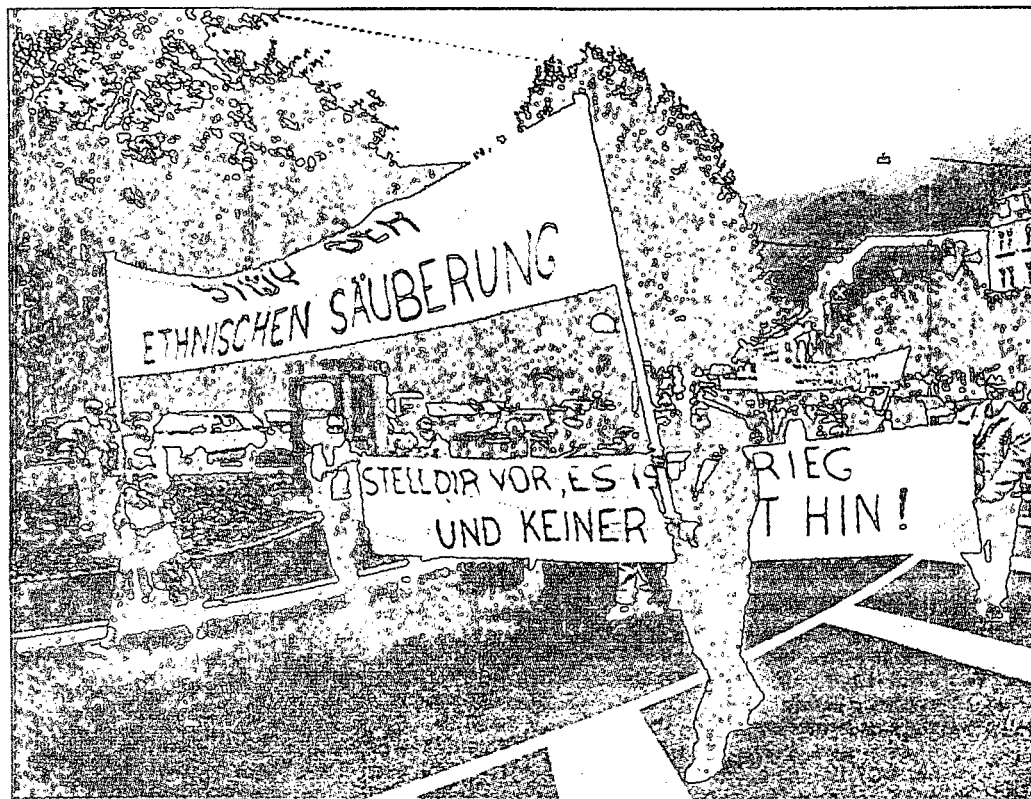
Trotzdem, abgesehen von verbalen Verurteilungen, konnte sich die internationale Staatengemeinschaft bislang weder zu wirksamen Schutzmaßnahmen zugunsten der Zivilbevölkerung noch zur Schaffung oder Einführung internationaler Menschenrechtstribunale durchringen.

In Anerkennung Ihres persönlichen Engagements und Ihrer Initiativen für die Beilegung des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien, aber auch in der Kenntnis um die Trägheit und teilweise auch Unvermögenheit und Unwilligkeit internationaler Institutionen, und ebenso einzelner Staaten eine rasche Lösung dieses Konfliktes mit all seinen negativen Implikationen herbeizuführen, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Welche Initiativen wurden seitens Österreich gesetzt, um eine Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzung in Bosnien–Herzegowina zu erreichen?
- 2) Welche diesbezüglichen Schritte wird Österreich, auf welcher Ebene und in welchem Forum noch unternehmen?
- 3) Welche Vorschläge hat Österreich unterbreitet, damit die Internierungslager aufgehoben werden bzw. welche konkreten Maßnahmen wurden ergriffen, damit die Menschenrechte nach der Genfer Konvention auch eingehalten werden?
- 4) Welche wirksamen Maßnahmen können gesetzt werden, damit, wenn keine Lösung des Flüchtlingsproblems an Ort und Stelle möglich ist, eine gerechte Aufteilung der Flüchtlinge und Asylanten auf alle europäische Staaten erfolgt?
- 5) Gibt es hierüber Verhandlungen?
Wenn ja, wie ist der derzeitige Stand dieser Verhandlungen?
Wenn nein, werden Sie im Rahmen Ihrer Kompetenzen für bzw. in Verhandlungen mit anderen europäischen Staaten eintreten?
- 6) Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten der Schaffung eines Tribunals, das sich mit den Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien beschäftigt?
- 7) Welche diesbezüglichen Schritte haben Sie gesetzt bzw. werden Sie unternehmen?

"VN, 10.9.92"



Schweigemarsch für den Frieden

Bregenz (VN-Ath) Ein Aktionskomitee, bestehend aus Katholischer Jugend, Gewerkschaftsjugend und den Evangelischen Gemeinden, startete gestern abend einen „Schweigeweg“ für den Frieden im ehemaligen Jugoslawien. An der Demonstration nahmen etwa 250 Menschen teil. Die Initiatoren wollten durch diesen Marsch vor allem die Solidarität mit den Gefangenen in Internierungslagern zum Ausdruck bringen. In einer Resolution, die Landtagsvizepräsident Karl Falschlunger vor dem Landhaus übergeben wurde, forderten die Aktivisten unter anderem eine friedliche Lösung des Konflikts und eine Anklage beim Europäischen Gerichtshof gegen die Verantwortlichen des Krieges wegen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen.

(Foto: B. Hofmeister)